

Die ... Einzelpreis 70 Pfg. ... 5. Jahrg. ... Freitag, 24. März 1922 ... Nummer 141 ... Morgen-Ausgabe

Die ... Einzelpreis 70 Pfg. ... 5. Jahrg. ... Freitag, 24. März 1922 ... Nummer 141 ... Morgen-Ausgabe

FRÖHREI

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An die revolutionären Arbeiter Deutschlands!

Genossen!

Nach einem Jahre fortgesetzten Zerfalles der Kommunistischen Partei Deutschlands sowohl wie der Kommunistischen Internationale glauben wir, daß der Zeitpunkt gekommen sei, aus dieser Tatsache die Schlüsse zu ziehen.

Ist es wahr, daß die Kommunistische Partei Deutschlands im Verfall sei? Wer sich davon überzeugen will, der denke an die Zeit vor anderthalb Jahren, wo sie die Hoffnung von Hunderttausenden deutscher Proletarier war, wo es schien, als sei sie imstande, die deutschen revolutionären Arbeiter unter dem Banner der Revolution zu vereinigen.

Ist es wahr, daß die Kommunistische Internationale im Verfall ist? Wer sich davon überzeugen will, der denke zurück an die Zeiten, wo die Macht der Sowjetregierung, wenn auch im einzelnen angefochten und kritisiert, doch allen revolutionären Arbeitern Deutschlands und der Welt als das Symbol proletarischer Kraft und als Zeichen des Willens zum Sieg galt und so in der Sympathie der Arbeiter der Welt unangefochten stand.

Wie haben sich seitdem die Zeiten verändert! In Deutschland ist die Hoffnung der Proletarier zerschanden geworden. Wo die Hunderttausende hofften, eine große, starke, geschlossene revolutionäre Partei zu sehen, steht heute eine Schar von Sektegläubigen, die sich gegenseitig den wahren Glauben und den Besitz des ersten Ringes streitig machen. Wo die Hunderttausende dachten, aus eigenen Kräften und nach den deutschen Verhältnissen und Möglichkeiten eine Gemeinschaft der revolutionären Arbeiter Deutschlands zu bilden, da wurden von unverantwortlichen Leuten, durch verbrecherische Emisäre, Tausende bester Genossen in die Zuchthäuser und Gefängnisse, Zehntausende von Frauen und Kindern ins Elend, die gesamte Kommunistische Partei in einen sinnlosen Putsch, das gesamte deutsche Proletariat aber in einen Zustand der Zersplitterung gejagt, der seine Kräfte dauernd lähmt.

Wo ist das Symbol revolutionärer Kraft in Rußland geblieben? Wir alle verkennen nicht die furchtbar schwere Lage, in die Rußland geraten ist. Wir erkennen an, wie unter der schwersten Aufopferung und Entsamung die russischen Arbeiter, die bolschewistischen wie die nicht-bolschewistischen, Namenloses getragen haben. Wir treiben keinen „Antibolschewismus“. Aber wir verkennen auch nicht die Tatsache, die eingetreten ist: wie in Rußland, unter der Führung der Bolschewiki, das Bauerntum, das Kleinbürgertum zur herrschenden Macht ward, wie die Bourgeoisie, der Kapitalismus sich neu bildet, und wie die russischen Arbeiter, die so vieles getragen, heute beginnen müssen, unter neuen Verhältnissen sich als Klasse wieder zu sammeln, arm, elend, zerfahren und unterdrückt, und sich sammeln müssen gegen die Partei, die so lange ihre Führerin gewesen war.

Das sind die Tatsachen, von denen wir ausgehen. Wir wollen nicht davon sprechen, durch wessen „Schuld“ es dazu kam. Wir glauben nicht, daß wir keine Fehler gemacht haben, so wenig wie wir glauben, daß irgendeine Partei keine Fehler in dieser Revolution gemacht habe, so wenig als wir glauben, daß es eine fehlerlose Revolution gäbe.

Wir sind aber ebenso entschlossen, die Folgen aus der Tatsache zu ziehen: das deutsche Proletariat ist heute zersplittert, zerspalten. Einerseits die Sozialdemokratische Partei. Sie ist in unheimlicher Verstrickung mit dem deutschen Kapitalismus, dem sie schon in Kriegszeiten gedient. Ihre Koalitionspolitik treibt sie von Opfer zu Opfer — Opfer der Interessen, Opfer der Wirtschaft, der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen in Deutschland. In ihrem neuen Steuerkompromiß legt sie, unter Schonung des Besitzes, der Arbeiterklasse Opfer auf, wie sie keine bürgerliche Regierung je auferlegt hat noch aufzuerlegen je wagen könnte, wäre sie nicht dieses Verstandes aus den Reihen der Arbeiterklasse selbst sicher.

Auf der anderen Seite die Kommunistische Partei Deutschlands. Die nicht minder unheimliche Verstrickung mit den Geschlichen — nicht der russischen Arbeiterklasse,

sondern der russischen Sowjetregierung und der Partei der Bolschewiki opfert sie den Gedanken des Sozialismus, den Glauben an die Erlöserkraft des Sozialismus, indem sie verteidigt, was nicht zu verteidigen, indem sie bemäntelt, was nicht zu bemänteln, indem sie verschweigt, was nicht zu verschweigen ist: daß die jetzige Politik der Sowjetregierung und der Bolschewiki nichts mit Kommunismus, nichts mit Sozialismus zu tun hat, in allem das Gegenteil ist.

Wir haben den kämpfenden Arbeitern Rußlands viel geopfert, aber wir können der geschickerten Partei der Bolschewiki nicht alles opfern, nicht das dauernde Interesse, nicht die Zukunft der Arbeiterklasse selbst.

Genossinnen und Genossen! Wir glauben, daß die Erkenntnis dieser Zerissenheit des deutschen Proletariates heute das allgemeine Gefühl aller Proletarier ist. Wir glauben, von den Arbeitern der SPD, bis zu den Arbeitern der KPD, bis zu den Hunderttausenden, die sich heute verdrossen beiseite gestellt haben, ist nur ein Gefühl:

so, wie jetzt, kann, darf es nicht bleiben.

At immer wachsender Gewalt macht sich der Gedanke geltend: die Arbeiter, die gegen den Kapitalismus kämpfen, die in den Geschlichen des Klassenkampfes in einer Front stehen. Sie gehören in eine Partei. Die großen, offenen Kämpfe, über deren Art und Ziel wir einst nicht einig waren, sind vorerst vorüber. An ihre Stelle ist der zähe Kampf getreten, in dem Schritt um Schritt und Brust an Brust der Arbeiter mit dem Kapitalisten kämpft: nicht um Räterepublik und Kommunismus, sondern um das Brot, das er essen, den Rock, mit dem er sich kleiden soll. In diesem Kampf gehören die kämpfenden Arbeiter zusammen, sonst gehen sie, getrennt in diesem Kampf ums Leben, zusammen zugrunde.

In dieser Lage und aus diesem Grunde tun wir entschlossen den Schritt, von dem wir wissen, daß er vielen von euch nicht leicht fallen wird. Wir haben oft mit der USPD, und in der USPD, in Kämpfen gestanden um Fragen der revolutionären Entwicklung und Methode. Wir haben uns über solche Fragen selbst getrennt, wir haben aber nie bestritten, daß sie in den langen Jahren während des Krieges wie nach dem Kriege dem Gedanken des Marxismus Treue gewahrt hat und daß die Arbeiter, die zu ihr gehörten und heute noch zu ihr gehören, zu den Kerntruppen des deutschen Proletariates zählen.

Die Treue zum Marxismus, zum Klassenkampf, zur Vereinigung der Proletarier im Gedanken des gemeinsamen Kampfes zur Überwindung des Kapitalismus ist die Grundlage, auf der die Arbeiter sich finden müssen.

Aus diesem Grund kann es für uns kein Zögern geben. Wir haben vom ersten Tage unseres Bestehens an abgelehnt, eine eigene Partei zu bilden: wir glaubten, der proletarischen Partei seien genug und übergenug. Wir haben vom ersten Tage an gesagt, daß unsere Aufgabe nur sein kann, zur Vereinigung der kämpfenden Proletarier Deutschlands unser Teil beizutragen. Wir glauben, daß dieser Zeitpunkt gekommen sei. Seit drei-viertel Jahren schon ist so viel, zumal von kommunistischer Seite, von Einheitsfront und Vereinigung gesprochen worden:

es ist Zeit, daß man damit beginne.

Es darf keine Rechthaberei, keine Sektierartigkeit, keinen starren Eigensinn mehr geben, der festhalten zu können glaubt, was nicht mehr ist.

Wir wollen und müssen zueinanderkommen.

So fordern wir die Genossen, die bisher mit uns gingen, auf, mit uns den Schritt zu tun, sich mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zusammenzuschließen.

Wir fordern auch die Genossen in der KPD, mit denen so viele von uns alte Bande verknüpft haben und teilweise noch verknüpfen, auf, den Schritt zu tun, der ja doch, von Tag zu Tag mehr, notwendig erscheint, mit ihren übrigen Klassengenossen zusammenzukommen und nicht mehr an Wäldern zu glauben, die — einst ach so schön! — heute so zertrümmert sind.

Wir fordern auch die vielen Arbeiter der SPD, die heute mit Schrecken sehen, wohin ihre Partei und ihre

Koalitionspolitik sie führt, auf, am Werke der Wiedervereinigung der kämpfenden Proletarier mitzumachen.

Wir fordern endlich auch die vielen Arbeiter auf, die heute mismutig beiseite stehen. Kleinmut und Verzweiflung macht niemanden frei. Der Weg des Proletariates zu seinem Sieg ist lang und schwer. Aber er muß und wird gegangen werden; der im Kriege barbarisch gewordene Kapitalismus hat zu den Ketten noch die Peitsche gefügt.

Auf, Proletarier, findet euch zusammen. War grau auch die Vergangenheit, ist grau auch noch die Zukunft: Hand in Hand werdet ihr das Schicksal zwingen, und der Tag wird kommen, wo die siegende Kraft des Sozialismus eure Peitsche zerbrochen, eure Ketten zerrissen haben wird.

Auf! Schließt euch zusammen.

Auf, zeigt den deutschen Proletariern den Weg zur Einheit, den sie suchen. Tretet mit uns zusammen zur Bildung der einen Partei in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Auf, helft den Proletariern der ganzen Welt, die unter denselben Nöten nicht weniger leiden wie ihr, unter sich und mit euch die Einheit zu finden.

Auf in die Reihen der Kämpfer!

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Die Reichleitung der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft.

Braß, Täumig, Friesland, Curt Geier, Adolph Hoffmann, Levi.

Partei- und Klassengenossen!

Die Sehnsucht des zersplitterten sozialistischen Proletariats nach Wiedervereinigung beginnt sich zu erfüllen.

Mit der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft und ihren Gefinnungsgenossen kehrt ein Teil der revolutionären Kämpfer zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zurück, die sie Ende 1918 und Mitte 1920 verlassen hatte in dem Glauben, links von ihr eine revolutionäre Massenpartei nach dem Vorbild der russischen Bolschewiki bilden und in kühnem Anlauf sofort die politische Macht erobern, den Sozialismus zum Siege führen zu können. Bittere und schmerzliche Erfahrungen haben ihnen gezeigt, daß es keinen anderen Weg zu dem von ihnen wie von uns gleich heiß erstrebten Ziele gibt, als den von unserer Partei unentbehrlich eingehaltenen Weg des proletarischen Klassenkampfes und der systematischen Machterweiterung des Proletariats innerhalb der auch nach der Revolution leider immer noch fortbestehenden kapitalistischen Klassengesellschaft.

Die Zurückkehrenden reihen sich jetzt wieder ein in unsere Kampfgemeinschaft. Zugleich richten sie die Forderung an ihre noch zögernd im kommunistischen Lager verbliebenen Freunde, an alle ehrlich revolutionären Klassengenossen in der rechtssozialistischen Partei und an die indifferent oder müde Beiseitetretenen, ihrem Beispiel zu folgen, in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands einzutreten.

Wir schicken uns diesem Aufruf an und richten an unsere eigenen Parteigenossen den dringenden Appell, die Erinnerung an die Greuelkämpfe der letzten Jahre zurücktreten zu lassen vor dem Bewußtsein, daß die Wiedervereinigung aller auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehenden Sozialisten das Gebot der Stunde ist und daß es sich jetzt um den Anfang der Erfüllung dieses Gebots handelt. Die Verantwortung lehrt die Notwendigkeit des Zusammenschlusses. Die Gegenwart ruft uns zum Kampfe in gemeinsamer proletarischer Front gegen den Kapitalismus und die kapitalistische Staatsgewalt.

Zu diesem Kampfe alle proletarischen Kräfte zu sammeln, unter ihrem Banner zusammenzuführen und dem Kampfe Inhalt, Richtung und Ziel zu geben, das ist die historische Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands! Die rechtssozialistische Partei ist durch das Steuerkompromiß mit der Partei des Großkapitals verhaspelt, die kommunistische Partei spaltet sich immer von neuem durch den in ihr herrschenden Sektensfanatismus und zerfällt in völliger Ohnmacht. Nur die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann die Führerin und Bannerträgerin des deutschen revolutionären Proletariats sein.

wenn es in nächster Zeit gilt, die schweren wirtschaftlichen und politischen Kämpfe zu führen, den Kampf um die Erfassung der Sachwerte, den Kampf gegen die Bedrohung der Koalitions- und Streikrechts in der neuen Schlichtungsordnung, den Kampf gegen die Entlassung des Achtsundentages im neuen Arbeitszeitgesetz!

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands genießt bei den Proletarierparteien des Auslandes das Vertrauen, daß sie die einzige Arbeiterpartei in Deutschland ist, welche die internationalen Interessen des Proletariats allen anderen voranstellt. Sie ist national und international der Anziehungs- und Sammelpunkt aller revolutionären proletarischen Kräfte!

Parteigenossen, sozialistische Proletarier Deutschlands! Sammelt Euch, vereinigt Euch zum revolutionären Klassenkampf in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Berlin, den 24. März 1922.

Die Zentralkleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Orthl. Crispian. Dittmann. Hilsberding. Kille. Künstler. Ledebour. Ludwig. Moses. Anna Remig. Rosenfeld. Mathilde Wurm.

Katastrophe oder Erfüllung?

Das Diktat der Reparationskommission

Das Kabinett hat gestern vormittag eine Besprechung abgehalten, in der der Staatssekretär Fischer, der Vorsitzende der deutschen Kriegslastenkommission in Paris, einen Bericht über die Note der Reparationskommission und über seine Eindrücke in Paris erstattet. Jetzt sollen die einzelnen Ressorts eine eingehende Prüfung der Note nach dem französischen Text vornehmen. Am Nachmittag hatte der Reichskanzler eine Besprechung mit den Vertretern der Parteien. Der amtliche Text der Note der Reparationskommission lag noch nicht vor, erst nach dessen Eintreffen kann die Regierung Stellung dazu nehmen. Da auch erst eine genaue Uebersetzung ins Deutsche erfolgen muß, so kann von ihrer Besprechung im Reichstage in dieser Woche noch keine Rede sein. Der Reichskanzler wird also die Erklärung der Regierung voraussichtlich erst am Dienstag der kommenden Woche abgeben.

Inzwischen hat die Börse auf die Entscheidung der Reparationskommission dadurch reagiert, daß sie die Kurse der ausländischen Devisen mit einem starken Sprunge nach aufwärts trieb. Der Dollar stieg von 305 auf 327, das englische Pfund von 1341 auf 1446, der holländische Gulden von 115,88 auf 124,87. Damit ist die Abwärtsentwicklung der deutschen Valuta unter ihren bisher tiefsten Punkt gelangt. Am 8. November, an dem der Kursstand der Devisen am höchsten stand, notierte der Dollar 310. Es ist möglich, daß die Börsenkreise bei einer ruhigeren Betrachtung der Sachlage ihre pessimistische Stimmung ein wenig eindämmen und sich davor hüten werden, die Devisenkurse in allzu großer Hast nach oben zu treiben; aber selbst die freundlichere Beurteilung der Situation zwingt zu der Erwartung, daß vorläufig an eine Stabilisierung der deutschen Valuta weniger zu denken ist als je.

Inzwischen auch legt sowohl die kommunistische wie die deutschnationale Presse ihrer Begeisterung über den Inhalt der Entscheidung der Reparationskommission kaum noch Zügel an. Die „Deutsche Tageszeitung“ jubelt ebenso wie die „Rote Fahne“: die Erfüllungspolitik ist bankrott. Bei der deutschnationalen Presse kann man es verstehen, daß sie die wirtschaftliche Katastrophe Deutschlands eher heute als morgen herbeiwünscht, denn das Geschäft des mobilen und des immobilien Kapitals wird immer blühen, ganz gleich, wie sich die Lage der arbeitenden Bevölkerung gestaltet. Von den Leuten in der „Rote Fahne“ aber gilt das Wort, das Lenin kürzlich auf dem Metallarbeiterkongress in Moskau an ihresgleichen geprägt hat: „Niemand weiß, wofür er eigentlich verantwortlich ist.“ Sie treiben eine verantwortungslose Kabaupolitik, die von verlogenen Darstellungen der Lage ausgeht, die Vermirung in der Arbeiterklasse auf höchste steigert und ihr somit unendlichen Schaden zuzufügen geeignet ist. Worin besteht die Erfüllungspolitik, wie sie die Unabhängige Sozialdemokratie bisher vertreten hat? Sie soll den guten Willen des Deutschen Reiches bekunden, an dem Wiederaufbau der Welt mitzuarbeiten und die Wiedergutmachung der Kriegsschäden in dem Rahmen des Möglichen zu leisten. Das Kabinett Birch ist aufenpolitisch dieser Linie gefolgt, wenn es auch innenpolitisch bei der Durchführung der Steuerleistungen bisher versagt hat.

Und nur hartnäckige Nichtwisser oder Demagogen werden leugnen können, daß die Erfüllungspolitik immerhin schon gewisse Erfolge aufzuweisen hat. Das Londoner Diktat hatte von Deutschland zwei Milliarden Goldmark verlangt und dazu noch einen 20prozentigen Zollaufschlag, insgesamt also eine Jahresleistung von etwa 3 1/2 Milliarden Goldmark. Die Vorschläge von Cannes, denen die Reparationskommission gefolgt ist, setzen die Jahresleistung für 1922 auf 720 Millionen Goldmark herab, dazu kommen noch 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen, so daß die Gesamtleistung in diesem Jahre rund 2,1 Milliarden Goldmark betragen soll. Wir haben schon ausgeführt, daß es fraglich ist, ob das Reich diesen Anforderungen nachkommen kann. Es kann das überhaupt nicht, solange sich seine Finanzen in der bisherigen Unordnung befinden. Nichtsdestoweniger darf aber festgehalten werden, daß ein erheblicher Fortschritt in der Behandlung der Reparationsfrage eingetreten ist, und es muß alles daran gesetzt werden, daß die Verständigung bis zu dem Punkte fortgesetzt wird, an dem die Erfüllung des Möglichen gegeben ist.

Im Gegensatz zu dem hysterischen Geschrei der Katastrophentheorien sagt die „Frankfurter Zeitung“: „Wir müssen uns bei der Beurteilung der Forderungen der Gegenseite zur Ruhe zwingen, denn wir befinden uns in einer Zwangslage.“ Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus muß dieser Forderung zugestimmt werden. Wir haben oft genug darauf hingewiesen, welche

Schuld die Regierung auf sich geladen hat, daß sie keinen ernsthaften Versuch unternommen hat, um die bestehenden Klassen im vollen Umfang ihrer Leistungsfähigkeit zu den Lasten des Haushalts und der Reparation heranzuziehen. Was darin bisher gefehlt wurde, das soll jetzt noch dem Diktat der Reparationskommission nachgeholt werden, und nun kommt es darauf an, daß der Bourgeoisie, der deutschen wie der ausländischen, die Möglichkeit anomenen wird, die Befastigung der arbeitenden Bevölkerung ins Unermeßliche zu steigern. Wer jetzt aber glaubt, durch neue Lügen und Verleumdungen die Arbeiterklasse daran zu hindern, daß sie ihre Front zur Abwehr der Angriffe des Kapitals schließt, der begeht eine geradezu verbrecherische Handlung.

Der Eindruck in London

London, 23. März.

Der Kesseln erregende Sturz der Mark und eine hier vorliegende Meldung, die deutsche Regierung beabsichtige, zurückzutreten, finden in der Abendpresse große Beachtung. Es wird hervorgehoben, daß die Bedingungen der Reparationskommission in Berlin für vollkommen unannehmbar angesehen werden, und daß die deutschen politischen Führer der Befürchtung Ausdruck geben, daß die Reparationsfrage zum föllischen Chaos führen werde.

Polizei statt Brot

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtags wurden gestern die Beratungen über den Etat der Schutzpolizei zu Ende geführt. Im strengen Gegensatz zu der von den Vertretern der bürgerlichen Parteien geforderten Sparsamkeit stand der Bewilligungseifer derselben Parteien bei den verschiedensten Positionen, die im Etat für die Zwecke der Schutzpolizei angesetzt sind. Dabei machten auch die Rechtssozialisten keine Ausnahme. Die riesigen Summen, die vor allem für die Bewaffung, für das Kraftfahrzeugwesen, für den Nachrichtendienst und den Pferdebestand angesetzt werden, wurde ohne jeden Versuch, einen Abstrich vorzunehmen, bewilligt. Dabei gibt die verschleierte Aufstellung des Etats keine Möglichkeit, einen näheren Einblick in die Organisation der Schutzpolizei zu nehmen. Es werden bei den verschiedensten Etatposten lediglich die Endsummen genannt. Alles übrige schwebt im Dunkel.

Unsere Vertreter hatten zum Zwecke einer besseren Uebersicht den Antrag gestellt, eine genaue Aufstellung über die Art und den Umfang der Bewaffung zu geben, sowie einen zahlenmäßigen Nachweis über die vorhandenen Waffen- und Nahkampfmittel zu führen. Weiter war eine Aufstellung über die Zahl und die Verwendung der vorhandenen Kraftfahrzeuge gefordert. Aber wie alle anderen Anträge, die eine Reform der Polizei anstrebten, nicht die Gnade des Ausschusses fanden, so wurde, wiederum mit den Stimmen der Rechtssozialisten, auch dieser Antrag der Unabhängigen abgelehnt, obwohl er weiter nichts bewirkte, als eine übersichtlichere Gestaltung des Etats, also im Grunde genommen die Erfüllung einer Selbstverständlichkeit, auf die jedes Parlament Anspruch erheben kann.

Genau so wie früher ohne Rücksicht auf die Notlage des Staates jede militärische Forderung eine bewilligungsfreudige Mehrheit fand, genau so wird heute für die Polizei jede auch nur angeforderte Summe bereitwillig von einer kompakten Mehrheit bewilligt. Wir sind überzeugt, daß statt der für polizeiliche Zwecke angeforderten 3 Milliarden ebenso widerspruchlos auch 5 Milliarden Mark bewilligt worden wären. Es braucht nur die bedrohte Staatsautorität ausgespielt zu werden, dann ist die Mehrheit des Landtages sofort bereit, den letzten Groschen aus dem Staatsäckel herauszugeben.

Unwillkürlich fühlt man sich in die dunkelste Zeit preussischer Polizeiwilkkür zurückversetzt, wenn gar noch von einem Minister die ungeheuren Forderungen für Polizeizwecke damit begründet werden, daß durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes Unruhen entstehen könnten, und diesen Eventualfällen müsse sich der Staat durch ein starkes Polizeiaufgebot von vornherein gewachsen zeigen. Der Staat über alles! Und statt Brot — Polizei! Die Verhältnisse werden aber noch lehren, daß der Hunger der Massen in der Republik so wenig durch blaue Bohnen gestillt werden kann wie unter der Herrschaft eines Monarchen. Daß diese Selbstverständlichkeit heute überhaupt noch betont werden muß, ist ein Beweis dafür, wie sehr die Träger des heutigen Staates noch in jenen Anschauungen befangen sind, die viele durch den Novembersturz überwunden zu haben glaubten.

Die Verfolgung der Ausländer

Die Behandlung der Ausländer in Preußen gibt immer noch zu Beschwerden Anlaß. In der Hauptsache sind die zugewanderten Arbeiter den rigorosen Verfolgungen gewisser Behörden ausgesetzt. Auch die während des Krieges nach Deutschland verschleppten Arbeiter, die nicht wieder in ihre Heimat zurückkehren können, sind häufig polizeilichen Uebergriffen ausgesetzt, obwohl die Leute ihrer Beschäftigung nachgehen und keinem einheimischen Arbeiter den Verdienst wegnehmen.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtags brachte gestern Genosse Leid bei der Beratung des Polizeietats diese Vorgänge zur Sprache. Er betonte, daß sich in letzter Zeit die Verhältnisse im allgemeinen zwar etwas gebessert hätten und zu besonderen Klagen keinen Anlaß mehr böten. Eine unruhige Ausnahme mache lediglich das Polizeiamt Friedrichshain. Der dort amtierende Polizeichef habe in letzter Zeit einer ganzen Reihe von ausländischen Arbeitern Ausweisungsbefehle erteilt, obwohl diese eine feste Beschäftigung und sogar die Erlaubnis hierzu vom Temobilisationskommissar erhalten hätten. Teils habe dieser Herr sogar das Wohnungsamt in Bewegung gesetzt und veranlaßt, daß die Leute aus ihren Wohnungen gemietet und auf die Straße gesetzt wurden. Darunter befand sich auch eine Familie mit einem Säugling und einer kranken Frau. Dieser Willkür gegenüber müsse die Tatsache festgestellt werden, daß die aus Rußland zugewanderten Bourgeois, die sich in der Hauptsache in den westlichen Vororten niederlassen und zum Teil eine recht dumme Erlöse führen, so gut wie unbehelligt blieben.

Der Staatssekretär Freund erwiderte, daß ihm die Klagen über das Vorgehen des Polizeiamts Friedrichshain bekannt seien. Es seien dort zweifellos einige nicht zu billige Uebergriffe vorgekommen. Er werde sich bemühen, sie abzustellen.

Die Flucht des letzten Kaisers

Ein sentimentales Händchen

In der englischen Presse werden Auszüge aus einem Buch wiedergegeben, das in den nächsten Wochen in Deutschland erscheinen und authentisches Material über die letzten Tage in Spa und die Flucht des letzten deutschen Kaisers nach Holland enthalten soll. Als Herausgeber wird Major Kurt Anker genannt, der zur näheren Umgebung des früheren Kronprinzen gehörte und verschiedene Bücher über ihn veröffentlicht hat. Nach den Auszügen der englischen Presse wird die Flucht Wilhelm Schenzollerns folgendermaßen dargestellt:

Am Morgen des 9. November fand zwischen Gröner und Wilhelm eine Unterredung statt. Der General sagte, „das Heer wird ruhig und geordnet unter seinen Führern in die Heimat zurückzuziehen, unter keinen Umständen aber unter dem Befehl Eurer Majestät.“

Der Kaiser wurde schüchtern und sagte: „Ich verlange diese Feststellung schwarz auf weiß von Ihnen und vom Feldmarschall Hindenburg! Geben Sie die mir aber nicht eher, bis Sie die Armeebefehlshaber um ihre Meinung befragt haben.“

Hindenburg gestand darauf ein, daß das Heer dem Kaiser nicht mehr folgen werde. Dieser hatte zwar immer noch den Willen, „die Revolution niederzukämpfen“, es wurde ihm aber gesagt, daß dieser Gedanke völlig aussichtslos sei. In der Nacht vom 9. zum 10. November soll dann Wilhelm, wie behauptet wird in sein Tagebuch geschrieben haben: „Ich kämpfte einen furchterlichen Kampf mit mir selbst aus. Ich wollte nicht, daß man mir der Feigheit zeihe, weil ich denjenigen Teil meines Heeres, der vielleicht treu geblieben wäre, verließ. Ich zog es vor, Schulter an Schulter mit diesen Männern zu sterben, aber alle führenden Militärs, einschließend des Großen Generals, erklärten mir, daß die Truppen nicht länger kämpfen wollten und auch nicht physisch imstande seien, gegen den Feind oder gegen die eigenen Landolente vorzugehen. Nachdem der Kanaler Prinz Max von Baden gemeinsame Sache mit den Sozialdemokraten gemacht hatte und mir so dem D-ich in den Nacken schlug, bleibt mir nicht's anderes übrig, als mich selbst zu überwinden und von der Armee fortzugehen. Ich gehe blutenden Herzens!“

Für die Flucht des letzten Kaisers wird also neben Gröner in der Hauptsache Prinz Max von Baden verantwortlich gemacht. Wenn das Buch wirklich erscheinen und die hier nur kurz gezeichnete Darstellung enthalten sollte, dann besteht für Gröner und Max von Baden die angenehme Aussicht, auf die schwarze Liste der deutschnationalen Mörderorganisation gesetzt zu werden. Für alles Weitere: siehe den Fall Erzberger, Wilhelm's Aussichten, auf dem Thron seiner Väter zu feiern, bessern sich durch das Erscheinen des Buches freilich nicht. Er wird wohl bis ans Ende seiner Tage — Holz haben müssen!

60000 Arbeiter ausgesperrt!

München, 23. März.

Wie aus Nürnberg gemeldet wird, ist dort die Aussperrung der Arbeiter in den dem Verband bayerischer Metallindustrieller angehörenden Betrieben völlig durchgeführt. Einschließlich der durch die Aussperrung Betroffenen dürften sich in Bayern rund 60000 Metallarbeiter im Kampfe befinden.

Es lebe der Wucher

Die Agrarier kündigen schärfsten Widerstand an

Die Konferenz der Ernährungsminister hat sich, wie wir bereits gemeldet haben, für die Beibehaltung der Getreideumlage und die Neueinführung einer Kartoffelumlage ausgesprochen. Dagegen tobt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Wir möchten keinen Zweifel darüber lassen, daß die gesamte Landwirtschaft mit aller Entschiedenheit die endliche Einführung der freien Wirtschaft verlangt und gegen eine Fortsetzung der Getreideumlage schärfsten Widerstand leisten würde. Bismöglich noch schärfer würde jede Zwangsmahnahme zur „Erfassung“ der Kartoffeln abgelehnt werden.“

Diese Aufreizung zum Widerstand gegen die behördlichen Anordnungen zur Sicherung der Ernährung läßt auch verstehen, weshalb sich die Agrarier so außerordentlich heftig gegen die Ernennung des obdenburgischen Ministerpräsidenten Tanzen zum künftigen Reichs-ernährungsminister wenden. Tanzen ist nämlich, obwohl Landwirt, uns als gründlicher Sachkenner bekannt, ein warmer Befürworter der Getreideumlage und der Sicherung der Kartoffelversorgung. Gerade das aber hat ihm den Haß der Landwirte eingetragen, die nur eine Kreatur von ihren Gnaden auf diesem Posten dulden wollen. Sie treten deshalb für den Staatssekretär Dr. Hagedorn ein, der der Deutschen Volkspartei nahesteht und auch von ihr gegenwärtig sehr gefördert wird. Was Hagedorn aber für die Massen der Bevölkerung bedeuten würde, das erhellt die Tatsache, daß er als preussischer Staatskommissar für Volksernährung nicht für die Sicherung der Volksernährung, sondern für die Sicherung der Interessen der Agrarier eingetreten ist. Er ist z. B. dafür verantwortlich, daß das Umlagesoll in einzelnen Landesteilen über den Kopf der Behörden und ohne Hinzuziehung der Reichsgetreidestelle, dafür aber im Einvernehmen mit den agrarischen Organisationen, erheblich herabgemindert wurde.

Französisch-türkischer Geheimvertrag

Paris, 23. März.

„Chicago Tribune“ veröffentlicht heute den Fortlaut eines angeblichen Geheimvertrages zwischen Paris und Angora. Danach verpflichtet sich die Türkei die griechischen Minderheiten in den Gebieten zu beschützen, die Frankreich bisher räumte. Frankreich verpflichtet sich, den Türken die Waffen und Lebensmittel seiner abgehenden Truppen anzuliefer. Frankreich wird die Revision des Vertrages von Störck unterstützen und sich jeder Abtrennung islamischer Gebiete von der Türkei widersetzen. Frankreich verpflichtet sich, eine Anleihe von Angora auszugeben und der Türkei sofort nach Ratifizierung dieses Abkommens 1,5 Millionen türkische Lira vorzuschicken. Die Türkei verpflichtet sich, die französischen Firmen zu bevorzugen und die wirtschaftlichen Konzessionen an Frankreich zu beschleunigen.

Stukat im besetzten Gebiet. In der Nacht vom 20. zum 21. März ist in Hamborn ein Wachmeister der Schutzpolizei durch einen belgischen Offizier erschossen worden. Eine Unterjochung ist eingeleitet.

Deutscher Reichstag

Donnerstag, den 2. März

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung 2 Uhr 15 Min.

Die Erhöhung der Kohlensteuer

Die Regierungsvorlage bestimmt, die Kohlensteuer von 30 auf 40 Prozent des Wertes zu erhöhen.

Abg. Pöfller (SPD.) als Berichterstatter: Es wird die erhöhte Kohlensteuer nicht in vollem Umfange überall, sondern zum Teil nach den Gestehungskosten in besonders ungünstig gestellten Kohlengebieten gemindert.

Abg. Leopold (Dn.): Mit der Erhöhung der Steuer ist der noch vorhandene Vorteil der deutschen Exportfähigkeit dahin und England, das jetzt große Arbeitslosigkeit hat, ist der Erbe dieses Vorteils. Wir können der Steuer nicht zustimmen.

Abg. Mehrhoff (USP.):

Wir lehnen die Erhöhung der Kohlensteuer ab. Es gibt keine andere Steuer, die eine so einschneidende Wirkung auf die Wirtschaft ausüben wird, wie die Kohlensteuer. Briefe für Kohlen kosten heute schon 33 Mark. Darin sind allein an Steuern 10 Mark enthalten. Die Erhöhung der Steuer wird die Preise erneut gemaltig in die Höhe treiben. Wir beantragen, die Hausbrandkohle für alle, deren Einkommensteuerpflichtiges Jahreseinkommen 40000 M. nicht übersteigt, steuerfrei zu lassen. Mit der Pflicht der Unburchführbarkeit solcher Maßnahmen soll man uns nicht kommen. In der kapitalistischen Wirtschaftsdynamik ist der Zwang das einzige Mittel, dem Widerspruch zu begegnen. Schon im letzten Winter war es unendlich vielen Leuten nicht möglich, ihre Wohnungen zu beheizen. Bei Erhöhung der Steuer muß dieser unerträglich Zustand geradezu katastrophale Formen annehmen. (Sehr wahr!) Die Kohlensteuer wird sich sogar zu einer Art Vexierkammer in die Höhe auswirken. Der größte Kohlenkonsument ist die Reichsbahn. Die Erhöhung der Kohlenpreise wird die Eisenbahnverwaltung durch die Erhöhung der Preisenalampf der Kommunen immer schwieriger gestalten. Die Vorlagen enthalten überdies Bestimmungen, nach denen die Steuerfreiheit der Gemeinden immer mehr eingezogen werden soll. Die Kommunen sind erneut gezwungen,

die Preise für Gas und Wasser weiter zu erhöhen.

Es bleibt ihnen keine andere Wahl, um die Verteuerung der Kohlen auszugleichen und der neuen Steuerschwierigkeiten einigermaßen Herr zu werden. Die Kohlenpreise sind erst im Februar bis über 160 M. hinaus pro Tonne höher hinaufgesetzt worden. Man hat behauptet, die Kohlensteuerung sei auf die Erhöhung der Preise der Arbeiter zurückzuführen. In Wirklichkeit ist es der immer stärker werdende Einfluß des Kapitalismus, der Stimmungs, des Lebens und des Lebens. Gerade im Kohlenbergbau ist eine riesenhafte Akkumulation des Kapitals zu beobachten. Von neuen Kreisen werden sogar Gelder gefordert, die Produktionsmittel zu erneuern und zu verbessern. Sie haben sogar verlangt, daß aus allgemeinen Mitteln Gelder zur Verfügung gestellt werden zur Abtänkung von Schäden. Derartige Forderungen stehen im Widerspruch auf einer Stufe. (Sehr wahr!) Das Großkapital im Kohlenbergbau gefällt sich immer mehr in der Rolle des Blutsaugers am Volk. Es fragt sich nur, wie lange das Volk sich das noch gefallen lassen wird. Wir unerschrocken werden nicht müde werden, dem Volke die Augen zu öffnen, damit es sich energisch gegen die Ausbeutung zur Wehr setzt. (Beifall bei der US.)

Abg. Brühllich (SPD.): Wir beantragen, das ganze Kohlensteuerrecht aufzuheben. Die Kohlensteuer vermag weder die Mittel zu schaffen, den Staat ins Gleichgewicht zu bringen, noch eine Erleichterung der Reparationslasten zu ermöglichen.

Abg. Pöfller (SPD.): Wenn der Antrag der Unabhängigen Partei nicht an außenpolitischen Gründen scheiterte, würden wir ihn annehmen.

Sämtliche Änderungsanträge werden abgelehnt und die Vorlage in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Bei der Beratung der Erhöhung der Leuchtstoffsteuer bearbeitet der Abg. Knochen (SPD.) den Antrag auf Aufhebung der Leuchtstoffsteuer.

Abg. Neumann (USP.): Die Leuchtstoffsteuer ist ein Mitglied in der großen Kette der Verbrauchssteuern, die die mirbermittelte Bevölkerung bedenklich schwer belastet als die Besessenen. Die Steuer soll nicht von nur auf 60 Millionen Mark erhöht werden. Man muß berücksichtigen, daß durch die Erhöhung der Kohlensteuer, durch die Erhöhung der Umsatzsteuer die Preise für Gas und elektrisches Licht gewaltig ansteigen werden, und zwar so, daß die ärmere Bevölkerung nicht mehr in der Lage ist, diese Kosten für die Beleuchtung aufzubringen.

Der kommunistische Antrag auf Aufhebung der Leuchtstoffsteuer wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Zündwarensteuer

Abg. Neumann (USP.): Dasselbe, was ich über die Leuchtstoffsteuer gesagt habe, gilt auch für die Zündwarensteuer. 100 Millionen Mark Steuern soll man aus den Zündwaren herausheben. Wenn man über diese Steuer spricht, ist es auch notwendig, über die allgemeine Preisbildung der Zündwaren ein Wort zu sagen. Die Preise für Zündwaren sind um ungefähr drei bis viermal gestiegen. An dem Maße, wie die Preise ansteigen sind, hat die Qualität der Zündwaren nachgelassen. Wenn man das berücksichtigt, kommen wir auf eine dreifache Erhöhung der Preise. Dazu sollen nun noch diese Zündwaren 100 Millionen Mark Steuern bringen. Die Folge wird sein, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen in dieser Industrie arbeiten werden. Um dieses zu verhindern, haben wir eine Petition einbracht. Das Volk wird hoffentlich in nicht allzu ferner Zeit Gehör finden. Aber diese Steuerpolitik ist abzulehnen. Wir lehnen diese Steuer ab. (Beifall bei der USP.)

Die Änderungsanträge werden abgelehnt. Die Vorlage wird in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Es folgt die Beratung der Biersteuer. Die Vorlage fordert die Erhöhung der Biersteuer von 30 auf 40 Prozent des Wertes.

Abg. Mehrhoff (USP.): Wir beantragen die Erhöhung der Biersteuer von 30 auf 40 Prozent des Wertes zu lehnen. Die Biersteuer ist die wichtigste Steuer im Wirtschaftskreislauf und hat die Konzentration des Kapitals und die Bereicherung der Kapitalisten zur Folge. Wir beantragen die Erhöhung der Biersteuer ab. (Beifall bei der USP.)

Die Erhöhung der Biersteuer wird angenommen. Bei der Beratung über die Erhöhung der Steuern auf Mineralwasser führt der Abg. Neumann (USP.) folgende Punkte an: Die Erhöhung der Mineralwassersteuer von 30 auf 40 Prozent des Wertes ist abzulehnen. Die Mineralwasserindustrie hat eine enorme Kapitalintensivierung erfahren. Und diese wird von den Mineralwasserherstellern nicht zur Preisbildung. Aus allen diesen Gründen lehnen wir die Erhöhung der Biersteuer ab. (Beifall bei der USP.)

Die preußische Verwaltungsreform

Der amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Die Entwürfe der neuen Städte- und Landgemeindeordnung sind als Teil der allgemeinen Verwaltungsreform zu betrachten. Diese Reform des Gemeindeverfassungsrechts umfaßt Städte-, Landgemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung, durch die auch die Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzen geregelt wird. Zweck der Reform ist einmal eine Anpassung der Verfassungen an die namentlich durch die Staatsumwälzung veränderte Rechtslage sowie an die eine größere Verantwortung der Verwaltung erfordernden wirtschaftlichen Bedürfnisse; zweitens eine Vereinheitlichung des jetzt nach Provinzen zerstückelten Rechtszustandes. Aus den bisher nebeneinander bestehenden verschiedenen provinziellen Städte- und Landgemeindeordnungen ist das Bewährte in den neuen Entwürfen übernommen. Nur die Hoheitsvollständigen Lande sollen auch fernerhin in Rücksicht auf ihre besonderen kommunalen Verhältnisse von der allgemeinen Regelung ausgenommen bleiben. Die Leitgedanken der kommunalen Verwaltungsreform sind:

a) Verhältnis der Gemeinde zum Staat

Die Gemeinden sind organische Bestandteile des Staates. Zweck und Ziel der Verwaltung ist der gleiche: ob sie vom Staat oder der Gemeinde ausgeführt wird, gerichtet einzig und allein auf die Pflege der Wohlfahrt des Volkes. Gemeindeverwaltung ist daher nicht Selbstzweck, sondern Staatszweck. Dieser Universalität des Staatszweckes entspricht es, daß die Gemeindeverwaltung dem Staatsganzen untergeordnet und dem Staat ein Auftrittsrecht vorbehalten bleiben muß. Während jedoch bei den Auftragsangelegenheiten die Gemeindeverwaltung nur ausführendes Organ ist, der Staat durch Anweisungen unmittelbar auf die Ausführung wirkt, sind die Selbstverwaltungssachen Angelegenheiten der Gemeinden grundsätzlich unter eigener Verantwortung zur selbständigen Ausführung überlassen. Sachlich beschränkt sich die Staatsaufsicht über die Selbstverwaltung in Zukunft auf die Beanstandung geschwindiger Gemeindebeschlüsse, die Einhaltung einer ordnungsmäßigen Verwaltung und des Einspruchsrechts gegenüber besonders wichtigen Gemeindebeschlüssen. Wirtschaftlich ist die instanzmäßige Beschwerde im Verwaltungswege. Diese Aufsicht der Staatsaufsicht in sachlicher Hinsicht bedingt eine Erhaltung der Aufsicht in personeller Beziehung, d. h. die Bestätigung der leitenden Beamten der Gemeinde durch den Staat. Die Bestätigung darf nicht wegen der Angehörigkeit zu einer politischen Partei verweigert werden. Auch fernerhin wird die kommunale Aufsicht des Staats über alle Städte vor dem Ministerpräsidenten, über alle Landgemeinden (Landbürgermeisterien) von dem Landrat als Vorsitzenden des Kreisauschusses geübt.

b) Das Bürgerrecht

Träger der öffentlichen Gewalt der Gemeinde ist die Bürgererschaft. Das Bürgerrecht besteht aus dem aktiven und passiven Wahlrecht. Beide decken sich mit dem Wahlrecht zum Landtage, mit der Einschränkung, daß Vorbedingungen ein Mindestmaß sechsmonatiger Wohnsitz im Gemeindegebiet ist.

c) Richtlinien für die Selbstverwaltung

Um eine höhere Verantwortlichkeit der Verwaltung zu erzielen, können zur Verwaltung einzelner Zweige Verwaltungsausschüsse mit Vertretungsbefugnis nach außen eingerichtet werden; ferner sind in den Städten nach Groß-Berliner Vorbild kollegialische Bezirksämter vorgesehen. Durch

bringen. Die Erhebungsstellen werden diese Summe aufstreifen. Die Städte und die Antialkoholvereine haben durch Errichtung von Mineralwasser-Trinkhäusern den Alkoholisierung einzuhalten versucht. Alle diese Bestrebungen werden durch die Annahme dieses Gesetzes unendlich gemindert. Es ist ein ungeschickter Stiefel, wenn diese kulturfeindliche Vorlage angenommen wird. (Beifall bei der USP.)

Die Vorlage wird ohne wesentliche Änderungen angenommen.

Eine überflüssige Körperschaft

In der Donnerstagssitzung des Staatsrats kam es zu einer Auseinandersetzung über die Ertzanzberechtigung dieser Körperschaft. Der Zentrumsmann Dr. Reinhardt begründete als Berichterstatter des Ausschusses die Ablehnung des unabhängigen Antrages auf Aufhebung des Staatsrats mit der staatsrechtlichen Bedeutung des Staatsrates als notwendige Ergänzung der allgemeinen Volksvertretung.

Von unserer Fraktion sprach Genosse Weinberg, der auf die unangenehme Stellung des Staatsrates hinwies. Nach der Befassung soll das Volk selbst durch seine Vertretung die Staatsgeschäfte leiten und die Gesetzgebung ausüben. Nun kann es aber doch keine zwei verschiedenen Vertretungen des Volkswillens in einem Staate geben. Auch als Vertretung der Provinzen hat der Staatsrat seine Ertzanzberechtigung, da ja auch schon die Regierung mit Recht erklärte, daß die Provinzen durch die gewählten Landtagsabgeordneten genügend vertreten sind.

Diesen Ausführungen des Genossen Weinberg traten die Redner der bürgerlichen Parteien entgegen, die den Staatsrat als notwendiges „Rezenzorgan“ gegen die Gefahr des unbeschränkten Parlamentarismus betrachteten. Darauf wurde der Antrag des Ausschusses mit sämtlichen bürgerlichen Stimmen gegen die sämtlichen sozialistischen Stimmen angenommen.

Am Hauptausflug des Landtages hatten unsere Genossen einen ähnlichen Antrag eingebracht, er wurde gleichfalls gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt. Der Staatsrat hat zwar keine Ertzanzberechtigung, sofern er arbeitet, erschwert er die getätigten Arbeiten, er kostet auch jährlich einige Millionen Geld, aber er wird nicht abgeschafft, weil er einen Ersatz für das gleichfalls höchst überflüssige Herrenhaus bilden soll.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Donnerstagssitzung des Staatsrats hielt der Freiherr von Gais eine Rede wegen der Aufhebung einer Reihe von Stellen durch die Weisung an Pelen. Die Grenzschleusenkommission habe damit gegen die Bestimmung des Verfallens Friedensvertrages verstoßen, die betone, daß die Grenzschleusen einen freien und ungehinderten Zugang zum Reichsgebiet haben sollen. Ein Antrag der Rechte fordert den Staatsrat auf, die Staatsregierung zu ersuchen, die Weisung zum Widerrufen und gegen einen unerhörten Verstoß der Reichsregierung und der Bergverwaltung deutscher Reichs- und preussischer Staatsangehörigen zu setzen, mit allen ihr zu Gebote stehenden

Mitteln. Der Antrag wurde nach der Rede von Gais für angenommen erklärt. Unsere Genossen beteiligten sich an der Abstimmung nicht.

d) Magistrats- und Bürgermeisterversaffung

Der Entwurf behält sowohl die Bürgermeisterverfassung (Stadtverordnetenversammlung, alleiniges Willensorgan der Stadt, Bürgermeister lediglich Verwaltungs- und Vollzugsorgan) als auch die Magistratsverfassung bei. Die Beibehaltung beider Verfassungen bedingt aber auch die Beibehaltung derjenigen wesentlichen Merkmale, ohne welche sie ihre Vorzüge oder ihre historische Berechtigung verlieren würden. Dazu gehört vor allem bei der Bürgermeisterverfassung der Vorsitz des Bürgermeisters in der Stadtverordnetenversammlung. Eine Einschränkung der Gleichberechtigung beider Verfassungen findet nur insofern statt, als die Verwaltung der Magistratsverfassung da, wo sie nicht besteht, ausgeschlossen bleibt.

e) Landbürgermeisterien

An Anlehnung an die in den westlichen Provinzen schon bestehenden Gemeindeverbände sieht der Entwurf einen Zusammenschluß der einzelnen Gemeinden zu Kommunalverbänden (Landbürgermeisterien) vor, um auf dem Lande die Selbstverwaltung zu erweitern und zu verstärken. Gleichzeitig sollen die Landbürgermeisterien Bezirke für die örtliche Polizeiverwaltung und Wahlbezirke für die Wahlen zu den Kreisparlamenten werden. Jede Landgemeinde muß einer Landbürgermeisterie angehören. Eine größere Landgemeinde kann für sich allein eine Landbürgermeisterie bilden. Bei der Bildung der Landbürgermeisterien soll in erster Linie auf die Schaffung leistungsfähiger Verbände und auf eine Abgrenzung gesehen werden, die eine geordnete Verwaltung nach Möglichkeiten erleichtert. Die Verfassung und Verwaltung der Landbürgermeisterien entspricht derjenigen der Städte mit Bürgermeisterverfassung. Organe der Landbürgermeisterien sind die Bürgermeistervertretung, die nach den Grundrissen des Verhältniswahlrechts in unmittelbarer oder mittelbarer Wahl gewählt werden soll und der von der Bürgermeistervertretung zu wählende Landbürgermeister. Nur in der Provinz Hannover kann durch Provinzialgesetz die Einführung der Bürgermeisterverfassung überhört und ausgeschlossen werden, da die kommunalen Kreise im allgemeinen so klein sind, daß eine Einleitung der Kreise in Landbürgermeisterien ohne die nicht beachtliche und gleichzeitige Zusammenlegung der Kreise dort nur geringe praktische Bedeutung haben würde.

f) Auflösung der selbständigen Gutsbezirke

Die wesentliche Eigentümlichkeit der selbständigen Gutsbezirke besteht darin, daß der Gutbesitzer die öffentlichrechtlichen Lasten trägt, andererseits aber auch allein als Gutsherr den Gutbezirk öffentlichrechtlich zu vertreten hat; eine Gemeindevertretung besteht nicht. Diese Verfassung ist mit der berechtigten Forderung, daß jeder an dem Gemeinwesen teilnehmen kann, unvereinbar. Die Auflösung der Gutsbezirke muß daher gleichzeitig einer Neuordnung des Gemeindeverfassungsrechts erfolgen. Von einer Auflösung soll nur dann Abstand genommen werden, wenn wegen der geringen Einwohnerzahl oder der räumlichen Trennung der Wohnstätten ein eigenes Gemeinwesen innerhalb des bisherigen Gutsbezirks sich auch im Falle seiner Auflösung nicht entwickeln könnte. Die aufgelösten Gutsbezirke sind entweder mit anderen Gemeinden zu vereinigen oder in selbständige Gemeinden umzuwandeln.

Geflers schwerste Sorgen

In vier aufeinanderfolgenden Nummern des in Hinterbommern erscheinenden „Dromburger Kreisblattes“ finden sich folgende Notizen:

Am 14. März: „Durch Verfügung des Reichswehrministers vom 2. Februar 1922 hat der berittene Genarmier-Wachmeister A. D. Friedrich Schöppe in Köllin den Charakter als Leutnant und die Erlaubnis zum Tragen der Uniform des Husaren-Regiments Kürstl. Blücher von Wahlstatt Pommern Nr. 5 erhalten.“ — Am 16. März: „Dem Oberpostmeister Kersch, hier, ist der Charakter als Major der Reserve verliehen worden.“ — Am 18. März: „Dem Oberleutnant der Ref. a. D. Adrian v. Borde-Golz, zuletzt im Reiter-Regiment 9, ist vom Reichswehrministerium der Charakter als Rittmeister und die Erlaubnis zum Tragen seiner bisherigen Uniform verliehen worden.“ — Am 21. März: „Herr Lehrer Köpfer in Birchow hat den Charakter als Oberleutnant b. Ref. und die Erlaubnis zum Tragen der Uniform des Inf. Regts. 54 erhalten.“

Die Wehrpflicht ist abgeschafft. Herr Gefler ist aber fleißig bei der Arbeit, frühere Offiziere zu befördern und ihnen zu einer schöneren Uniform zu verhelfen. Denn neben dem Titel kommt es bei diesen Beförderungen doch in der Hauptsache auf die Uniform an, ohne die ein richtiggehender Preuze, der seinen über alles geliebten Kaiser die Treue geschworen hat nicht leben kann. Darf gefragt werden, welchen Sinn die Abschaffung der Wehrpflicht hat, wenn der Reichswehrminister immer noch belagert ist, Zielpersonen einen höheren militärischen Rang zu verleihen? Welcher Zweck wird mit diesem großen Unfug überhaupt verfolgt?

Neuschnee im Riesengebirge

Hirschberg, 23. März.

Seit gestern gehen im ganzen Riesengebirge gewaltige Schneefälle nieder. Auf dem Hochgebirge sind bei 10 bis 13 Grad Celsius ein halber Meter Neuschnee gefallen. Die Wege verkehren mit erheblichen Schwierigkeiten. Die Bahnstrecke nach Böhmen ist unter großen Schwierigkeiten bei sämtlicher Penung des Dampfmaschinenblechs bisher noch offen gehalten worden, doch muß bei andauerndem Schneestreiben mit Sperrung dieser Strecke gerechnet werden.

In Grotth bei Grotth sind am 23. März 2 bis 3 Grad Celsius Neuschnee gefallen.

In Grotth sind am 23. März 2 bis 3 Grad Celsius Neuschnee gefallen. Das Kaiserboot ist mit der gesamten Besatzung gesunken.

Dienstag, den 28. März, abends 7 Uhr

Massenversammlungen in Groß-Berlin

Dame in Grau

Vraufführung: Freitag, 24. März
Saalburg, Berlin

Manuskript: Peter Josef • Regie: Josef Stein

In den Hauptrollen:
Sylvester Schiffer, Paul Hansen, Walter Doerry, Joe Stödel, Elie Bodenheimer,
Cotte Corring, Emil Domnick, Alice von Newhusch und Margarete

Theater-Veranstaltungen

Tollstübne
Die Ratten
L'cues Tollstüch
Opernhaus
Die Sez ersten
Staatstheater
Die Abreise
Costümball / Bajazz
Deutsches Theater
Judith
Lammerpiele
Der Vertrag von Wiza
Großes Schauspielhaus

Apollontheater
Der Vennberg
Theater u. Kabarett
Elite-Sänger
Bühnen-Konz.

Karusoll
Maria Orska
Berliner Theater
Winer von uniere Deal

Komische Oper
Der Herr der Welt
Theater des Offens

Schöne u. sozialistische
Literatur in reichlicher
Auswahl in der Buch-
handlung „Freiheit“

Sieben erschien
Leo Trotzki
Die Rote Armee
auf der Wacht
(Rede auf dem IX. Sowjetkongress am 27. Dezbr. 1921)
Aus dem Inhalt: Vermehrung der Armee / Der Kommandobestand / Die militärischen Lehnanstalten / Wirtschaftliche Arbeit der Armee / Das Banditenium und die neue ökonomische Politik / Polen und Bessarabien / Rumänien / Anhang: Resolution über die Rote Armee und die Rote Flotte / Beilage: Zwei schematische Darstellungen.
Preis Mark 10.— (Organisationsausgabe Mark 5.—)
Zu beziehen durch den Verlag
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley Hamburg
sowie durch säm. Buchhandlungen und Organisationsstellen der K. P. D.

Die anerkannt vor-
zügliche Küche und
gut gepflegte Biero
findet man im
GEWERKSCHAFTSHAUS
50 10, Engelauer 25 / Fernspr.: Moritzpl. 84 41
Billigste Preise
Musik u. Gesang

Leitender politischer
Redakteur
zum baldmöglichsten Austritt
gesucht.
Angebote mit Gehaltsanforderungen
erhielt unter Schutz „Gewer-
bung“ bis 23 März der
Verlag der Volkseitung
für Schwefelsäure
Bremen.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Todes-Anzeige
Friedrich Bärwald,
geb. am 22. 6. 1874, gest.
am 18. 3. 1922.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. März, um 11 Uhr, in der Leichenhalle des Krematoriums Döberitz, Ort Döberitz, statt.
Die Ortsoberverwaltung.

Stückelerei
17. 3. 1922
Am 18. März
Fertige Betten
Kaufgeschäfte

Kleine Anzeigen

Verläufe
Auf Teilzahlung
Gummihüte
Kaufgeschäfte
Seifen-Cellulose

Verkauf
Kaufgeschäfte
Kaufgeschäfte
Kaufgeschäfte

Verkauf
Kaufgeschäfte
Kaufgeschäfte
Kaufgeschäfte

Verkauf
Kaufgeschäfte
Kaufgeschäfte
Kaufgeschäfte

Verkauf
Kaufgeschäfte
Kaufgeschäfte
Kaufgeschäfte

Kleide Dich billig, elegant!
Im Leihhaus Moritzplatz 58a
Jackett-Anzüge, Covercoats, Gummimäntel, Cutaways, Schlüpfer
Jetzt von 1000 M. an. Ferner Damen-Kostüme, Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig. Pelzwaren: Kreuzfische 400 M., Zobelstücke, Blau-, Silberlische, Skunks, Wölfe, Luchse. Sportpelze, Gehpelze enorm billig. Damen-Pelzmantel 3500 M., Pelzjacken. (Keine Lombarderei.)

